

Dauernder Druck von seiten der Abgeordneten, für die symbolische Politik und ideologische Grabenkämpfe grundsätzlich mehr bedeuten als Sachprogramme, droht der neuen, großen Post-Solidarność-Koalition von Anbeginn an. Es bleibt eine später zu beantwortende Frage, ob der AWS-UW-Koalition mehr Erfolg beschieden sein wird als der letzten „großen“ Koalition der Solidarność-Nachfolgeparteien unter Ministerpräsidentin *Hanna Suchocka*, die im Sommer 1993 von Krzaklewskis Solidarność-Gewerkschaft gestürzt worden war. Jetzt sitzt Suchocka wieder als Justizministerin in einem Kabinett, dessen parlamentarische Basis der „große Zampano“ Krzaklewski als AWS-Fraktionsvorsitzender zusammenhalten muß. Der tut sein Bestes nach autoritärer Manier und hat als Profi-Politiker selbst schon viel dazu gelernt, indem er vergessen lassen will, daß er vor kurzem seine Koalitionspartner noch als „Libertins“ oder „ehemalige Funktionäre der PZPR“ bezeichnete.

Die Kirche als Dompteur der Rechten?

Ein neues Selbstverständnis der Rolle der katholischen Kirche im politischen Spiel könnte für die „Zivilisierung“ der Rechten in Polen von entscheidender Bedeutung werden. Werden die neuen Bischofspersönlichkeiten wie *Tadeusz Pieronek*, *Henryk Muszyński* und *Józef Życiński* sich in absehbarer Zeit innerhalb des Episkopats durchsetzen und Einfluß auf die sich kirchentreu gebenden katholisch-patriotischen und fundamentalistischen Kreise ausüben können? Im Wahlkampf hatte sich die Kirche offiziell mehr zurückgehalten als in den zurückliegenden Jahren. Wahlempfehlungen wurden „ex cathedra“ nicht ausgesprochen. Und nach dem 21. September gab es mehrere Aufrufe von bischöflicher Seite u. a. zur politischen Mäßigung der „Fundamentali-

sten“, die sich wie der Vorsitzende der Christlich-Nationalen *Marian Piłka*, beispielsweise für eine parlamentarische Isolierung der Linksallianz (z. B. Ausschluß aus dem Sejmpräsidium) stark gemacht hatten. Pieronek und Krzaklewski meinten beide, das verstoße gegen die „Grundsätze der politischen Kultur“.

Dem ehrgeizigen AWS-Vorsitzenden Krzaklewski ist zuzugestehen, daß er in den letzten Wochen gelernt hat, daß Koalition Kompromiß bedeutet und nicht Unterwerfung. Der Freiheitsunion und auch einflußreichen Politikern aus dem Gewerkschaftsflügel der AWS war es nach den Wahlen darum gegangen, den bereits auf das Präsidentenamt reflektierenden Krzaklewski in eine Koalitionsräson einzubinden und zu verhindern, daß der Gewerkschaftsvorsitzende, der das Amt des Ministerpräsidenten für sich ablehnte, als Fraktionschef und Kontrolleur der Regierung die Erinnerung an das Politbüro vergangener Zeiten wachruft.

Die AWS, die zugleich auch eine Koalition von in den letzten sieben Jahren zu kurz gekommenen katholisch-traditionalistischen Positionen und Politiker darstellt, erhält mit ihrem neuen politischen Gewicht die Chance, die Erfahrung zu machen, daß die große Wende nach rechts in Polen nicht mehr möglich ist und man trotzdem wertorientiert und erfolgreich regieren kann, so wie die Wähler der Linksallianz nach 1993 die Erfahrung machen mußten, daß die große Wende nach links oder die Rolle rückwärts politisch ausgeschlossen war. Wenn die demokratische Rechte in Polen wirklich einen Machtinstinkt entwickelt haben sollte und sich mäßigte, dann gewönne sie die Chance, in eine katholische Volkspartei zu mutieren – wenn nicht, dann würde sie wohl recht bald wieder in den Oppositionsbänken sitzen. Jedenfalls hat diese „große Koalition“ aller Post-Solidarność-Kräfte die einmalige Chance zu vergeben, den Reformprozeß in Polen wieder zu beschleunigen und das Land ins 21. Jahrhundert zu führen.

Dieter Bingen

Stockende Reformen

Brasilien gegen Ende der ersten Präsidentschaft Cardoso

Im Herbst 1994 wählte Brasilien den Sozialdemokraten Fernando Henrique Cardoso zum Präsidenten dieses größten Landes Lateinamerikas. Ende 1998 wird sich Cardoso erneut zur Wahl stellen. Bei allen Erfolgen seines wirtschaftlichen Stabilitätskurses blieb der Präsident auf dem Gebiet institutioneller Reformen bisher hinter den Erwartungen zurück.

Zum Regierungsantritt im Januar 1995 übernahm Präsident Cardoso ein Land mit krassen sozialen Problemen, einer Wirtschaft auf Besserungskurs und einer relativ konsolidierten Demokratie. Cardosos Regierungsprogramm bestand im Versprechen, den orthodoxen wirtschaftlichen *Stabilisierungskurs*, den er selbst noch als Finanzminister der vorangegangenen Regie-

rung eingeleitet hatte, fortzusetzen. Außerdem sollten notwendige *strukturelle Reformen* in Politik und Wirtschaft eingeleitet werden. Neben diesen greifbaren politischen Resultaten kündigte Cardoso aber auch einen neuen *politischen Stil* an, der es den brasilianischen Bürgern erlauben sollte, neues Vertrauen in eine von Skandalen erschütterte Politikerklasse zu setzen.

Wie sieht die Bilanz der jüngsten Entwicklung vor dem Hintergrund dieser von der Regierung selbst gesetzten Meßlatte aus? Welchen zusätzlichen Herausforderungen mußte sich die brasilianische Gesellschaft stellen? Wie stehen die Perspektiven für die Zukunft?

Währungsstabilität und Privatisierung

Der große Wahljoker von Cardoso war schon bei der letzten Wahl die *Währungsstabilität*, die er selbst als Finanzminister mit einem orthodoxen Sanierungsprogramm eingeleitet hatte (vgl. HK, Januar 1995, 44 ff.). Nach jahrzehntelanger chronischer Inflation, die Ende der 80er Jahre drastische Ausmaße annahm (mit monatlichen [!] Inflationsraten von 20–40 Prozent) bedeutete der Wechsel zu einer stabilen Währung (derzeit liegen die Raten unter einem Prozent monatlicher Teuerung) eine wirtschaftliche Revolution.

Die Währungsstabilität hat zunächst die Taschen des kleinen Mannes gefüllt, der zuvor mangels inflationsausgleichender Anlagemöglichkeiten sein monatliches Gehalt sprichwörtlich in der Tasche zusammenschumpfen sah. Preise stellen in einer Wirtschaft mit hoher Inflation bloße Zahlenreihen mit geringer Aussagekraft dar. Da die Kaufkraft gering war, wurden viele Einkäufe auf Raten mit entsprechend hohen Zinsaufschlägen getätigt. Die Unübersichtlichkeit wurde dadurch nur noch erhöht. Durch die ständig notwendigen Lohnanpassungen schließlich wurde jede vernünftige Ausgabenpolitik schon im Familienbudget des kleinen Mannes zu einer mathematischen Herausforderung.

Nur vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, welche wahlpolitische Zugkraft die Einführung einer stabilen Währung hatte. Erst mit einer stabilen Währung war es erstmals wieder möglich, Preisvergleiche langfristig vorzunehmen, Ausgaben zu planen und mit den Einnahmen in Abstimmung zu bringen. Und für die ärmste Schicht, die keinen Zugang zu werterhaltenden Anlagemöglichkeiten über Banken und andere Finanzinstitutionen hat und auf baren Zahlungsverkehr angewiesen ist, bedeutete die Stabilität einen unmittelbaren Wertzuwachs von etwa 30 Prozent des monatlichen Einkommens. Aufgrund dieser Auswirkungen an der mikroökonomischen Basis erklären sich wohl auch die außerordentlich hohen Zustimmungsraten bei Umfragen zur Regierung Cardoso. Die Werte liegen nach drei Regierungsjahren immer noch knapp unter der 50-Prozent-Marke und bilden damit eine solide Basis für eine mögliche Wiederwahl.

Das wirtschaftliche Stabilisierungsprogramm beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Währungsstabilität, sondern umfaßte auch die Weiterführung des von Präsident Collor 1990 initiierten *Privatisierungsprogramms* und die Öffnung staatlicher Monopole für private Investitionen. Mit der Privatisierung wird eine wirtschaftliche Entwicklungsphilosophie aufgegeben, die über mehr als ein halbes Jahrhundert bestimmend war in Brasilien: Mangels privater Investitions- und Planungskapazität übernahm der Staat die Initiative

durch massive Investitionen in wichtigen Bereichen der Grundindustrie und der Infrastruktur. Seit den 1980er Jahren hat sich diese Situation praktisch umgekehrt.

Einem hochentwickelten Industriepark und weiteren Investitionskapazitäten in privater Hand steht ein öffentlicher Sektor mit leeren Kassen und schwerfälligem Management entgegen. Die Privatisierung wurde dennoch zu einem Kampffeld für die politische Auseinandersetzung zwischen der sozialliberalen Regierungskoalition und der Opposition aus dem linken Lager wie auch von nationalistischen Kräften. Dort wird der Verkauf von zum Teil maroden, zum Teil gut funktionierenden Staatsbetrieben als Ausverkauf der nationalen Interessen gebrandmarkt. Da die Gewerkschaften in Staatsbetrieben besonders gut organisiert sind, handelt es sich aber zum Teil bei dieser Kritik der Privatisierung auch um die Verteidigung handfester Eigeninteressen.

Die Obdachlosen und Landlosen isolieren sich vom politischen System

Trotz der Kürzungen der Regierung auf sozialem Gebiet ist es bisher nicht gelungen, das Defizit des öffentlichen Haushalts auszugleichen. Nach wie vor gibt die brasilianische Regierung mehr aus, als sie einnimmt – wobei die Bedienung der Binnen- und Außenschulden den Zufluß zusätzlicher Milliardenbeträge durch die Privatisierung wieder verschlingt. Die Privatisierung bringt aber zum anderen neue Wachstumsimpulse für die brasilianische Wirtschaft – sowohl durch inländische als auch ausländische Investitionen. Diese sind mehr als nötig in der derzeitigen Situation, die durch hohe Arbeitslosigkeit und weitere Umstrukturierungsmaßnahmen mit anstehenden Arbeitsplatzkürzungen gekennzeichnet ist.

Als Hemmschuh für eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung wirkt vor allem die hohe Zinsrate in Brasilien, die zum einen die Nachfrage bremst, zum anderen eine Kreditaufnahme auf dem Kapitalmarkt zur Finanzierung von Investitionen praktisch unmöglich macht. Trotz dieser gespannten Lage kam es in den letzten Jahren nicht zu offenen Arbeitskämpfen in größerem Umfang. Die gravierendsten Arbeitsniederlegungen kamen im öffentlichen Bereich vor:

Zu Beginn der Regierung Cardosos legten die Arbeiter der staatlichen Petrobrás die Arbeit nieder und bedrohten als Zulieferer wichtige Wirtschaftszweige in der Industrieregion zwischen São Paulo und Rio de Janeiro. Sie trafen aber auf eine unnachgiebige Haltung seitens der Regierung, die mit Entlassungen und dem Einsatz von Polizeieinheiten zur Sicherstellung der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestproduktion drohte. Mitte 1997 kam es zu einer Streikwelle unter den Militärpolizeieinheiten in mehreren Regionen Brasiliens, die formell jedoch den Bundesstaaten unterstehen. Letztere konnten aufgrund der strategischen Rolle für die Erhaltung der Sicherheit in den Städten eine Lohnerhöhung aushandeln.

Während sich die Arbeiter und Angestellten im formellen Arbeitsmarkt aus Angst vor Entlassungen nicht auf Streiks einlassen oder aber andere Formen der Verhandlung und friedlichen Konfliktlösung fanden, haben sich die Gruppen der Landlosen und zum Teil auch der Obdachlosen in Organisationsformen zusammengeschlossen, die zunehmend isoliert vom offiziellen politischen System der Interessenartikulation und Aggregation agieren.

Die Bewegung der Landlosen MST (*Movimento Sem Terra*) organisiert Besetzungen von ungenutzten Ländereien, um damit gezielt die Regierung zu einer Stellungnahme zu provozieren. Der bürgerlichen Presse fällt es leicht, diese Bewegung durch die sozialistischen Slogans und revolutionären Phrasen als Gegner der Demokratie abzustempeln. Tatsächlich bewegen sich die Anhänger von MST oft eindeutig jenseits der Grenzen der Legalität, so wie auch die Großgrundbesitzer, die zur Verteidigung oder Wiedereroberung ihrer Ländereien oft Gruppen von bewaffneten Söldnern anheuern und nicht selten gezielt Killer auf die Anführer der Landlosen ansetzen. Mehrere Hundert Landlose sind auf diese Weise in den letzten Jahren gewaltsam ums Leben gekommen.

Das Mobilisierungspotential des MST ist enorm und wurde bei einem friedlichen Marsch in die Hauptstadt Brasilia in diesem Jahr erneut unter Beweis gestellt. Neben der direkten Unterstützung durch Landlose und andere von der offiziellen Gesellschaft marginalisierte Gruppen wurde die Bewegung jedoch auch zur Symbolfigur für die krasse soziale Ungleichheit in Brasilien. Gerade unter Studenten und Intellektuellenkreisen genießen die Vertreter des MST ein hohes Ansehen.

Da die offizielle Politik das Thema der sozialen Ungleichheit stillschweigend von einem Ziel staatlicher Umverteilungspolitik zu einer Folge wirtschaftlicher Wachstumsprozesse undefiniert hat, finden Bewegungen wie das MST immer schwerer Anschluß an die bestehende Parteienlandschaft. Das Verschanzen der Regierung hinter formellen Rechtspositionen und die Isolierung des MST oder ähnlicher Bewegungen in einer revolutionären Mystik sind ein bedrohliches Zeichen für die begrenzte Kapazität der brasilianischen Demokratie, Kanäle für eine friedliche Artikulation von Interessen und zumindest mittelfristig Perspektiven für eine zufriedenstellende Konfliktlösung zur Verfügung zu stellen.

Stärkung des Parteiensystems nur durch Reform des Wahlrechts

Während noch vor einem Jahrzehnt eine diffuse Hoffnung bestand, die Rückkehr zur demokratischen Regierung könne auch die wirtschaftlichen und sozialen Probleme mit einem Schlag lösen, wurde in den letzten Jahren in Brasilien zunehmend das Bewußtsein für die Bedeutung der *institutionellen Ausgestaltung* demokratischer Herrschaft geschärft. Zu den problematischen Bereichen gehören in Brasilien das

gespannte Verhältnis zwischen Kongreß und Exekutive, das labile Parteiensystem sowie der teure und aufwendige Wahlprozeß. Probleme in diesem Bereich werden mitverantwortlich gemacht für die Schwierigkeiten vergangener Regierungen, konsistente Lösungen für anstehende Herausforderungen zu erarbeiten und diese in die politische Praxis umzusetzen.

Den Reforminitiativen zu einer Änderung institutioneller Rahmenbedingungen wird deshalb eine entscheidende Rolle für eine dauerhafte Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung zugeschrieben. Viele dieser Reformen sind abhängig von Änderungen der 1988 verabschiedeten neuen Verfassung Brasiliens. Diese wiederum sind nur möglich bei Zustimmung von drei Fünftel der Abgeordneten in aufeinanderfolgenden Lesungen und noch dazu in beiden Häusern des brasilianischen Kongresses – einem sehr langwierigen und von breiter Zustimmung abhängigen Verfahren.

Politische Beobachter sind sich darüber einig, daß eine Stärkung des Parteiensystems – einer der Grundfesten jeder modernen Demokratie – nur sehr schwer ohne eine grundlegende *Reform der Wahl- und Parteiengesetzgebung* möglich ist. So wird es unter anderem dem Wahlmechanismus zugeschrieben, daß Wahlen in Brasilien zum einen teuer sind und der gewählte Kongreß zum anderen keine geeignete Basis für eine dauerhafte Regierungspolitik darstellt. Weil der Wahlkampf auf Landesebene und nicht in kleinen Wahlkreisen ausgetragen wird und die Parteien bei der Aufstellung der Kandidaten nur eine marginale Rolle spielen, setzen sich eher Figuren mit großer Popularität oder einem dicken Portemonnaie (Publikumsstars, Fernsehmoderatoren etc.) durch als gestandene Parteipolitiker.

Das sind nicht die besten Voraussetzungen für die Bildung stabiler Regierungsmehrheiten oder einer konsequenten Oppositionspolitik. Im besten Fall bedeutet dies, daß die Abgeordneten sich bei Abstimmungen nicht an vorher abgestimmten Parteipositionen, sondern an individuellen Einschätzungen orientieren. Damit ist jede Abstimmung trotz vorheriger Abstimmung zwischen den Parteien mit einer gehörigen Portion an Unwägbarkeiten verbunden.

Nicht selten aber steht bei den individuellen Entscheidungen der Volksrepräsentanten nicht mehr das Gemeinwohl sondern der private Nutzen im Vordergrund. Das Mandat kommt dann einer Ware gleich, die an jeden beliebigen Käufer verschachert wird. Neben Interessengruppen und Baufirmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, muß sich oft auch die Regierung die Unterstützung dieser opportunistischen Manövriermasse im Kongreß durch Zugeständnisse einhandeln.

Von der Einführung eines am bundesrepublikanischen Modell orientierten personalisierten Verhältniswahlrechts erhoffen sich viele brasilianische Spezialisten eine stärkere Anbindung der Politiker an den Auftrag der Vertretung der Volksinteressen und an die politischen Parteien. Die Reformdiskussion ist eingeleitet, wird aber wohl in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr zur Abstimmung kommen.

Ein weiterer Aspekt der Reform ist die *Wahlkampffinanzierung* – ein heikles Thema in einem Land, wo die Gesetzgebung weit hinter der Realität hinterherhinkt. Wahlen sind in Brasilien nur mit sehr hohen Ausgaben zu bestreiten. Für Kongreßmandate werden sechsstellige, für das Präsidentenamt achtstellige Summen angegeben. Ein Gutteil der Gelder, die als private Spenden in die Wahlkampfkassen der einzelnen Kandidaten fließen, werden später in Form überhöhter Zahlungen für staatliche Aufträge wieder an die entsprechenden Baufirmen oder andere Privatunternehmen zurückbezahlt. Indirekt und auf dunklen Umwegen trägt also der Steuerzahler damit schon heute die Wahlkampfkosten. Hier zeigt sich einmal mehr, daß eher institutionelle als kulturelle Aspekte verantwortlich sind für korrupte Amtspraktiken der Volksvertreter.

Parlamentarismus oder Präsidentialismus?

Ein Reformvorschlag ist nun, die Wahlkampfkosten der Parteien zu einem Teil direkt aus offiziellen Mitteln zu vergüten, um sie transparenter zu gestalten und gerechter zu verteilen und um die für die spätere politische Praxis hinderliche enge Verbindung zwischen Politikern und Privatfirmen zu verhindern. Auch hier handelt es sich aber um eine Initiative, die noch nicht alle Instanzen durchlaufen hat und deshalb allenfalls in der Zukunft Früchte tragen kann.

Eine entscheidende Änderung, von der sich viele Beobachter eine Verbesserung des gespannten Verhältnisses zwischen Kongreß und Präsidentenamt ausrechnen, bestünde in der Einführung eines *parlamentarischen Regierungssystems*. Da gegenwärtig ein gewählter Präsident nicht automatisch mit einer Regierungsmehrheit im Kongreß rechnen kann, muß die Zustimmung zu Gesetzesinitiativen oft durch die Vergabe von Ämtern oder öffentlicher Gelder an einflußreiche Gruppen oder auch an einzelne Hinterbänkler erhandelt werden. Trifft der Präsident auf harten Widerstand im Kongreß, so kann er auch gegen dessen Willen mit zeitlich befristeten vorläufigen Gesetzesdekreten (*medida provisória*) regieren. Beide Situationen deuten auf Reibungsverluste im Verhältnis zwischen Regierung und Kongreß hin und von beiden haben die zivilen Präsidenten in den letzten Jahren ausgiebig Gebrauch gemacht.

In einem parlamentarischen Regierungssystem steht und fällt der Regierungschef mit der Mehrheit im Parlament. Konflikte dieser Art sind also weitgehend ausgeschlossen oder würden bald durch einen Amtswechsel gelöst werden. Nun wurde die Einführung des Parlamentarismus in einem Plebiszit im Jahr 1993 abgelehnt. Dennoch scheinen sich die Vertreter dieser Option mit dem Ergebnis nicht zufriedenzugeben und eine Neuauflage der Debatte nicht auszuschließen.

Zu den Verfechtern des Parlamentarismus gehört auch der derzeitige Präsident Cardoso. Auch wenn dies nicht unbedingt mit der politischen Praxis in Zusammenhang zu bringen

Religion im Pluralismus



NEU

192 Seiten, Paperback,
DM 26,80 /öS 196,- /Sfr 25.-
ISBN 3-451-26367-X

In der pluralen Gesellschaft sind Kirchen nur noch ein „Anbieter“, ein „Dienstleister“ neben anderen, wenn es um Religion und Glauben als Weltdeutung und Lebensgestaltung geht. Der Pluralismus hat die Kirchen nicht nur nach „außen“, sondern auch nach „innen“ verändert.

Die klassischen Gemeindeformen haben selbst für viele Gläubige oftmals eher ausschließenden als einladenden Charakter. Es gilt, die „neuen“ Gelegenheiten für pastorale Kommunikation und die bewegten „Zwischenräume“ für mögliche Begegnungen wahrzunehmen – ohne Berührungängste.

Gestützt auf zahlreiche Umfragen und Untersuchungen benennt und erklärt Michael N. Ebertz nüchtern die Fakten, die alle diejenigen kennen sollten, die sich um die Zukunft von Religion, Glauben und Kirche Gedanken machen.

Unsere Bücher erhalten Sie in jeder Buchhandlung, oder direkt beim Freiburger BuchVersand
Habsburgerstraße 116 - 79104 Freiburg
Tel. 0761 / 2717-328 - Fax 0761 / 2717-360

HERDER

gen ist, kann doch nicht übersehen werden, daß sein Regierungsstil deutlich Züge eines parlamentarischen Systems trägt. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern legt der Präsident großen Wert auf die Bildung einer soliden Regierungsmehrheit im Kongreß. Die wichtigen politischen Fragen und die Besetzung der Ministerien werden mit den Koalitionspartnern abgestimmt. Sicherlich ist auch ein gewisses Verhandlungsgeschick des Präsidenten für diesen kollegialen Führungsstil unter den Spitzenpolitikern der Koalition verantwortlich.

Aber momentane personelle Konstellationen sind nicht mit institutionellen Lösungen zu vergleichen und die Gefahr, daß eine charismatische Figur während eines Wahlkampfes vorübergehend Aufwind bekommen und gewählt werden kann, ohne über entsprechenden Rückhalt im Kongreß zu verfügen, schwebt weiterhin über dem brasilianischen Präsidentialismus.

Die einzige wichtige Änderung im Hinblick auf das politische System, die bereits verabschiedet wurde, bezieht sich auf die Möglichkeit der *Wiederwahl des Präsidenten, der Gouverneure und der Bürgermeister*. Das Verbot einer zweiten Kandidatur direkt nach einer Amtsperiode hat eine lange Tradition in der brasilianischen Verfassungsgeschichte. Dahinter steht die Befürchtung, daß der aktuelle Amtsinhaber den Regierungsapparat zu seinen eigenen Gunsten im Wahlkampf einsetzen und somit ungleiche Wettbewerbsbedingungen gegenüber anderen Kandidaten schaffen kann. Die Realität hat gezeigt, daß dies auch durch das Verbot der Wiederwahl nicht verhindert werden kann, da jeder Amtsinhaber einen von ihm ausgewählten Nachfolger durch wahlkampf wirksame öffentliche Ausgaben ins Amt zu heben suchte.

Reformen in der Wirtschafts- und Sozialordnung

Der durch die Verfassung verordnete personelle Wandel hatte auf der anderen Seite hohe Kosten, denn die neuen Amtsinhaber führten die angefangenen Projekte des Vorgängers meist nicht fort, sondern initiierten neue Projekte, die mit ihrem Namen verbunden waren – und die dann wiederum von ihren Nachfolgern jäh abgebrochen wurden. Der Preis für den Wechsel, den der Steuerzahler zu tragen hatte, schien also größer als der politische Nutzen, den die Demokratie davon hatte.

Die Verabschiedung dieser Verfassungsänderung wurde von der Regierung mit besonderer Dringlichkeit vorangetrieben. Dadurch wird es nun möglich, daß bei der nächsten Wahl Ende 1998 neben den gegenwärtigen Gouverneuren auch der Präsident Cardoso für ein weiteres Mandat kandidieren kann. Ein Beigeschmack von Kasuismus – auf besondere Situationen zugeschnittene allgemeine Regeln – konnte dabei nicht ausbleiben, insbesondere wenn man diese relativ rasche Verfassungsänderung mit dem langsamen Reformprozeß in anderen, ebenso wichtigen Bereichen, an denen die Regierung offensichtlich weniger Interesse zeigt, vergleicht.

Auch in wichtigen anderen Bereichen sind Reformen notwendig, um Perspektiven für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu eröffnen. Zum einen gehört dazu eine Umstrukturierung der brasilianischen *Rentenversicherung*, die der Mehrheit der Empfänger nur einen gesetzlich gesicherten Minimallohn auszahlt, vielen privilegierten Gruppen aber bereits nach einer relativ geringen Arbeitszeit von 25 Jahren eine Rente in voller Lohnhöhe auszahlt. Daß die Rentenansprüche sich nicht nach dem Beitragsprinzip und einer festen Altersgrenze, sondern nach Beitragsjahren und dem letzten Gehalt richten, führt dazu, daß Vierzigjährige oft bereits eine Alterspension von einer Arbeit erhalten und sich dann um einen weiteren Arbeitsplatz in ihrem Fachbereich bewerben. Diese Verzerrungen haben das Rentenversicherungssystem in wenigen Jahrzehnten an den Rande des finanziellen Kollapses gebracht. Eine Änderung dieser Regelung wird bereits seit mehreren Jahren im brasilianischen Kongreß diskutiert, konnte aber wegen verschiedener Widerstände bisher nicht endgültig verabschiedet werden.

Anhaltende Korruptionsskandale

Auch die Umstrukturierung des brasilianischen *Steuersystems* ist notwendig, um die öffentlichen Einnahmen zu sichern und eine gerechtere und wirtschaftlich rationalere Verteilung der Steuerlast zu sichern. Bisher zahlen wenige Steuerzahler relativ hohe Beiträge – sowohl als Privatpersonen als auch als Unternehmen. Außerdem ist die Steuergesetzgebung so komplex und die Kontrolle so gering, daß bei Steuerfahndungen die meisten ungeschoren davonkommen. Von einer Vereinfachung der Steuergesetzgebung, einer Senkung der Steuerlast und einer Stärkung indirekter Besteuerung wird deshalb erwartet, auch Teile der Schattenwirtschaft zu erfassen und damit die derzeitige Einnahmehöhe zu halten oder gar zu erhöhen. Die Diskussion über dieses Thema hat jedoch kaum begonnen.

Weiter vorangeschritten ist die Diskussion um die *Reform des Staatsapparates*, die den schwerfällig gewordenen bürokratischen Apparat auf neue Managementherausforderungen vorbereiten soll. Zur Diskussion stehen hier leistungsorientierte Beförderungskriterien, flexiblere Arbeitsverhältnisse, effizientere Kontrollmechanismen und vor allem eine Neudefinition staatlicher Sicherungs-, Ordnungs- und Leistungsfunktionen. Die Regierung hat bereits im letzten Jahr einen Vorschlag zur Reform des Verwaltungsapparates vorgelegt, der im wesentlichen auf diese Punkte eingeht. Er wird derzeit im Kongreß diskutiert und soll noch vor den Neuwahlen verabschiedet werden.

Cardoso konnte also das Versprechen einer Fortführung des wirtschaftlichen Stabilisierungskurses einhalten, blieb aber im Bereich der institutionellen Reformen weit hinter den Erwartungen zurück. Im Hinblick auf das Ziel, durch einen neuen politischen Stil das Vertrauen in die brasilianische Po-

litik wiederherzustellen, kann ebenfalls nur von Teilerfolgen gesprochen werden. Bereits im ersten Amtsjahr erstickte die Regierung Cardoso Berichte über angebliche Schmiergeldzahlungen im Zusammenhang mit dem Informations- und Abwehrsystem für den Amazonasraum SIVAM. Obgleich hohe Regierungsangestellte und Politiker im Verdacht standen, an einer Manipulation der Ausschreibung beteiligt zu sein, wurde der Skandal unter den Teppich gekehrt und die Entscheidung beibehalten.

Die Untersuchung einer Spendenliste, die in den Archiven einer bankrotten Bank gefunden wurde und auf der namhafte Mitglieder der Regierungskoalition aufgelistet waren, verlief im Sande. Auch unterscheidet sich die Verhandlungspraxis der Regierung im Kongreß nicht wesentlich von der vorangegangener Regierungen. Im Zusammenhang mit der Abstimmung um die Verfassungsänderung, welche die Wiederwahl des Präsidenten ermöglichte, wurden mit hoher Wahrscheinlichkeit einzelne Abgeordnete mit sechststelligen Dollarbeträgen aus der Regierung nahestehenden Kreisen abgezahlt. Die Regierung konnte die Einrichtung einer parlamentarischen Untersuchungskommission im Kongreß unter Einsatz ihres Einflusses verhindern. Eine vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses eingesetzte kleine Untersuchungskommission mit reduzierten Vollmachten kam zu keinen Ergebnissen, obgleich die fraglichen Abgeordneten die

entsprechenden Geldzahlungen in Tonbandaufzeichnungen zugegeben hatten.

Vor dem Hintergrund der Aufdeckung anderer Skandale in Politik und Verwaltung durch parlamentarische Untersuchungskommissionen oder durch die Staatsanwaltschaft, für deren Untersuchung offensichtlich ein größerer politischer Freiraum besteht und die deshalb mit mehr Energie verfolgt werden, nehmen sich solche Manöver der Regierung zur Protektion von Mitgliedern der Koalition in Regierung und Kongreß nicht besonders günstig aus.

Dennoch scheint eine Wiederwahl des amtierenden Präsidenten im nächsten Jahr für eine weitere Amtsperiode derzeit noch sehr wahrscheinlich. Zum einen, weil die wirtschaftlichen Erfolge im Zusammenhang mit der Währungsstabilisierung immer noch als Markenzeichen dieser Regierung gelten. Zum anderen zeichnet sich aus den Reihen der Opposition jedoch auch kein aussichtsreicher Gegenkandidat ab. Im Hinblick auf die programmatischen Alternativen scheint die Situation ähnlich. Die Herausforderung scheint darin zu bestehen, mit mehr Kompetenz, nicht aber mit einem alternativen Programm zu werben. Aber bis zur Wahl können zum einen wirtschaftlich unvorhersehbare Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eintreten. Zum anderen bleibt aber auch noch genügend Zeit für den Aufstieg neuer charismatischer Führungsfiguren.

Bruno Wilhelm Speck

„Hermeneutik des Vertrauens“

Ein Gespräch mit dem evangelischen Systematiker Gunther Wenz

Im Zentrum der ökumenischen Diskussion steht derzeit die Gemeinsame Erklärung von katholischer Kirche und Lutherischem Weltbund zur Rechtfertigungslehre (vgl. den Text: HK, April 1997, 191 ff.). Wie tragfähig ist der darin erreichte Konsens? Welche Schritte stehen jetzt auf dem Weg zur Einheit der Kirchen an? Darüber sprachen wir mit Professor Gunther Wenz, Ordinarius für Systematische Theologie an der Münchner Evangelisch-Theologischen Fakultät und Verfasser eines zweibändigen Werks über die Theologie der lutherischen Bekenntnisschriften. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Professor Wenz, die Gemeinsame Erklärung von Lutheranern und Katholiken zur Rechtfertigungslehre schlägt im deutschen Protestantismus derzeit hohe Wellen. Theologen melden sich kritisch oder unterstützend zu dieser Konsenserklärung zu Wort, in den kirchleitenden Organen wird sie diskutiert. Wie sieht Ihre Prognose für die Gemeinsame Erklärung aus?

Wenz: Ein in der Sache so unverdächtig Mann wie Reinhard Frieling vom Konfessionskundlichen Institut in Bensheim hat die Meinung geäußert, es gebe keine Alternative zur Zustimmung zur Gemeinsamen Erklärung. Dem kann ich mich nur anschließen. Die Gemeinsame Erklärung beansprucht, ein differenzierter Konsens zu sein und entspre-

chend wird auch die Zustimmung ausfallen. Unbeschadet verbleibender Unterschiede in der Lehre, die weiterhin bestehen, wird die lutherische Seite dem wichtigsten Ergebnis des Dokuments beipflichten: Die gegenwärtige Rechtfertigungslehre der katholischen Kirche wird aufgrund der erzielten Übereinstimmungen von den Verurteilungen der lutherischen Bekenntnisschriften nicht getroffen. So besagt es der durch die lutherische Bischofskonferenz empfohlene, von der Generalsynode der VELKD als Empfehlung an die Gliedkirchen weitergegebene Beschlußvorschlag.

HK: Nun haben protestantische Kritiker an der Gemeinsamen Erklärung in der letzten Zeit aber ziemlich schweres Geschütz aufgeföhren. Von Ihrem Zürcher Kollegen Dal-